

# Dresdener Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: E. G. Schönbach, Dresden.  
Verantwortl. Redakteur: E. G. Schönbach.  
Druck: E. G. Schönbach, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Erhalt von Leistungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Gehalt ohne Gewalt, bei der Beizug der Postzeitung keine Gebühr auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rückführung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Postgebühr mit der nächsten Lieferungsabteilung: 1,20 M., halbjährlich 6,00 M., Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schreibweise: Zeitungsdruck, 10. Bernauerstr. 10, Dresden. Druck: nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftszeiten: Zeitungsdruck 10. Bernauerstr. 10, Dresden. Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Maße: 40 cm, Breite: 30 mm breite Neuzeile. 20 cm, die 10 mm breite Neuzeile 20 cm, für außerordentliche Anzeigen 40 cm, und 25 cm. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 cm. Abdruck für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 80

Dresden, Sonnabend den 6. April 1929

40. Jahrgang

## Heldt-Block - aber ohne Heldt?

## Die verheiratete Beamtin

Von Dr. Margarete Stegmann, M. d. R.

Das Ziel unserer Reaktionäre ist es selbstverständlich, nach den Wahlen einen Bürgerblock wiederherstellen zu lassen. Die schöne Idee von der Einheitsliste haben sie bereits begraben müssen, aber damit nicht den Gedanken, doch bei den Wahlen so eine Art Einheitsfront aller nichtproletarischen Parteien aufzurichten. Wenn es in Sachsen gilt, irgendeinen recht reaktionären Streich durchzuführen, dann erscheint jedesmal der sächsische Landesbürgererrat auf dem Plan, von dem man in gewöhnlichen Zeiten nicht allzu viel hört. So hatte der Landesbürgererrat für gestern vormittag alle nichtsozialistischen Parteien zu einer Besprechung über die Landtagswahlen eingeladen. Es waren erschienen: Vertreter der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Zentrums, der Aufwärtspartei und — ein von Dr. Kütz unterzeichnete Abfragebrief der Demokraten. In diesem Brief des Herrn Dr. Kütz wird erklärt, daß der Landesbürgererrat nicht als zuständige Stelle zur Entgegennahme bindender Erklärungen oder Vereinbarungen der politischen Parteien zu betrachten sei. Die Deutsche Demokratische Partei halte auch eine irgendwie verpflichtende Erklärung nicht für notwendig. Ihre grundsätzliche Gegnerlichkeit zum Marxismus und zu jedem Radikalismus sei bekannt. Aber die ungehinderte Möglichkeit einer politischen Neuorientierung bei jeder Wahl sei das Recht des Wählers, das nur bei einem sachlichen Wahlkampf gewährleistet werden könne. Die gleiche Auffassung, wie sie hier in diesem Brief vertreten wird, kommt auch in einem Artikel des Herrn Dr. Kütz in dem demokratischen Zeitungsdienst zum Ausdruck, in dem u. a. gesagt wird:

Dr. Kütz meint dann weiter, es gelte, in Sachsen so wohl den bisherigen Regierungsparteien als auch der Opposition gegenüber eine völlige Neureinstellung zu gewinnen. Es werde sich zeigen, ob die besonnenen Kräfte der Sozialdemokratie so starken Einfluß gewinnen, daß bei dem kommenden Landtag auch nichtsozialistische Parteien eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie möglich wird.

Daß es die Sehnsucht der Demokraten ist, auch in Sachsen zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie zu gelangen, ist schon lange bekannt. Aber das Verhalten der sächsischen Landtagsdemokraten, deren Politik sich von der der Deutschen Volkspartei kaum unterscheidet, ist nicht dazu geeignet, bei der Sozialdemokratie das gleiche Bedürfnis hervorzurufen.

Bei der Besprechung des Landesbürgererrats vertrat man sich, da die Einheitsliste nicht zu machen ist, doch man den Wahlkampf nicht gegeneinander führen wolle. Die Front müsse gegen die marxistischen Parteien gerichtet sein, und ein Parteiführer-ausschuss in Dresden soll dafür sorgen, daß etwaige Abmachungen dieser Vereinbarungen abgestellt werden. Bekanntlich ist die Liebe zwischen den Koalitionsparteien recht gering, besonders zwischen den alten Parteien und der Wirtschaftspartei, die den anderen so manche Stimme wegging. Deswegen hat man offenbar Angst davor, daß der eine oder der andere Parteitagator dem lieben Bruder unangenehm werden, ihm insbesondere vorhalten könnte, wie wenig seine Partei von ihren Versprechungen gehalten hat. In solchen Fällen soll der Ausschuss beim Landesbürgererrat als Feuerwehr funktionieren, und der Streifenfriede wird dann etwas mit der Spritze bekommen.

Bemerkenswert ist, daß man zu der Besprechung beim Landesbürgererrat die NSDAP überhaupt nicht eingeladen hat. Zu den marxistischen Parteien werden ja wohl auch die Leute vom Bürgererrat die NSDAP nicht rechnen. Aber man ist offenbar der Meinung, daß die NSDAP, soweit es erleidet ist. Wozu soll man mit einem armen Teufel erst noch verhandeln, der nichts mehr zu geben hat. Als einen weinlichen Bundesgenossen empfinden die bürgerlichen Parteien die NSDAP schon seit langem. Man will zwar im bürgerlichen Lager den Bürgerblock über die Wahlen hinaus verlängern, aber möglichst ohne die Heldt und Kompanie. Man wird froh sein, wenn man diesen Leuten den Fußtritt geben kann, den wir ihnen von Herzen gönnen.

Als letzter Rest des Ermächtigungsgesetzes ungelungen Inkraftens läuft am 31. März 1929 die Personalabbauperordnung ab, die in ihrem Artikel 14 den Verwaltungen das Recht gab, verheirateten Beamtinnen den Dienst zu kündigen, wenn sie durch ihre Ehe finanziell hinlänglich gesichert schienen und wenn es durch dienstliches Interesse begründet war. Durch diese Verordnung war für die verheiratete Beamtin ein Sonderrecht geschaffen, das für sie den Artikel 128 der Reichsverfassung (wonach alle die Gleichberechtigung der Frauen einschränkende Bestimmungen aufzuheben sind) außer Kraft setzte.

Von Seite der organisierten Beamtinnen sowohl wie von Seite zahlreicher Frauenverbände war stets wieder versucht worden, diesen Artikel 14 zu Fall zu bringen. Soweit es einzelne Beamtinnen oder vereinigte Frauenorganisationen gab, die den Artikel 14 nicht bekämpften, so waren sie in ihrem Verhalten bestimmt dadurch, daß den wegen Verheiratung aus dem Dienst ausscheidenden Beamtinnen für den Verdienst auf ihre Beamtenrechte eine Abfindung gewährt wurde. Diese Abfindung war diesen Wenigen wertvoller, als der Besitz der verfassungsgemäßen Rechte. Das Zentrum setzte sich als Partei für die Beibehaltung des Artikel 14 ein; es brachte einen Antrag ein, seine Geltung zu verlängern bis zum Zeitpunkt, wo ein zusammenschließendes Beamtenrecht geschaffen sein würde, und als es sich bei den Ausschüßberatungen zeigte, daß dieser Antrag nicht die 2/3-Mehrheit, die er als verfassungsgemäße Änderung brauchte, erreichen könnte, wurde mit einem neuen Antrag versucht, wenigstens eine Hinausschiebung des Außertretens bis 31. März 1930 zu erzielen.

Man konnte diesen Vorstoß des Zentrums nicht finden in Anbetracht des Umstandes, daß das Zentrum seine Block in besonders hohem Maße auf weibliche Wähler stützt. Nichtsdesto weniger es nicht, eine große Zahl davon zu verlieren, wenn es so offen zu erkennen gab, daß es ihre verfassungsgemäßen Rechte nicht schützt? Die Verhandlungen waren sehr lehrreich, weil sie zeigten, wieviel sich das Zentrum seinen Wählerinnen gegenüber leisten kann und wie es gemacht werden muß, daß man sich so was leisten kann.

Keineswegs dachten die Zentrumsdemokratinnen und redner daran, ihre wahre Meinung zu erkennen zu geben, nämlich etwa zu sagen, die Heiligkeit der Ehe gehe ihnen über alles und sie könne am besten gewahrt werden, wenn die Frau im Hause sei, wenn sie ihren ganzen Verstand in der Familie finde. Keineswegs gaben sie zu erkennen, wie sehr ihrer Welt- und Lebensanschauung nach ihnen vor allem die verheiratete Lehrerin zuwider ist. Nein, ihre Reden waren alle auf einen Grundton gestimmt: Schutz den Frauen. Mit dem Wegfall von Artikel 14 würde automatisch die Möglichkeit dahinfallen, der ausscheidenden Beamtin eine Abfindung zu bezahlen; diese Summe erleidet aber die Ehefrau; vor ihrem Verlust sind die Frauen zu schützen. Wie wenig es ihnen in Wirklichkeit hierum ging, das zeigte sich an ihrem Verhalten gegenüber unserm Antrag.

Die Sozialdemokratische Partei fand es vor allem nötig, daß die verfassungsgemäßen Rechte der Frauen wiederhergestellt werden. Eine Partei, die mit Erfolg und atromem seitdem Ernst stets dafür eingetreten war, daß keine Beamtin wegen unehelicher Mutterchaft entlassen werden darf, die durfte es nicht länger dulden, daß Frauen wegen ehelicher Mutterchaft oder wegen der Möglichkeit dazu, ihre Kündigung bekommen konnten. Es mußte uns auch unserer ganzen Einstellung nach widerstreben, die Ehe durch die Gesetzgebung zur Versorgungsanstalt für die Frau gestempelt zu sehen. Freilich verkannten wir nicht, daß in der Zeit so ausgedehnter Erwerbslosigkeit die Frage der Doppelverdiener sich wieder stellen würde. Ein Staat muß aber nach den Rechtsgrundsätzen verfahren, die er selbst aufgestellt hat. Die Gleichberechtigung der Frauen ist ein solcher Rechtsgrundsatz, während die Verhinderung des Doppelverdienens es nicht ist. Wie sollte die Mehrzahl der Proletariatsfamilien z. B. bestehen können, wenn die Frau nicht mitverdient? Oder wer von den bürgerlichen Parteien wird dazu mithelfen, daß die Pensionäre der Republik keinen Verdienst mehr, keine einträglichen Aufsichtsstellen und dergleichen mehr haben können? Wer verlangt, daß männliche Beamte, deren Frauen in einem freien Beruf Geld verdienen, oder namhaftes Vermögenseinkommen haben, entlassen werden? Und so kann nach an beliebig vielen Beispielen gezeigt werden, daß das Doppelverdiener nicht bekämpft werden und nicht aufgehoben werden kann. Es ist ja auch recht sonderbar, daß jeder uneheliche Mensch, Mann oder Frau, das Recht auf Arbeit und Verdienst hat, daß aber im Ausnahmefall, wo zwei, die auf den Verdienst auch angewiesen sind, zusammen eine Ehe gründen, man sich so stellt, als bräuchten zwei mitsamt den kommenden Kindern nur so viel, wie einer allein verdienen kann. Vorher mußten sie beide arbeiten, damit beide leben konnten.

Den Ausnahmefall für die Frau zu beseitigen, betrachteten wir aus diesen Erwägungen heraus als unsere Pflicht. Aber wir wollten nicht, daß, wenn eine Beamtin freiwillig wegen Verheiratung auf ihr Amt verzichtet, sie den Anspruch auf die Abfindungsumme verlieren sollte. Deshalb stellten wir den Antrag, daß der wegen Verheiratung

## Berständigung über den Etat

SPD. Die Besprechungen der Finanzsachverständigen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei wurden am Freitag zum Abschluß gebracht. Das bedeutungsbedürftige Defizit im Reichshaushalt ist von 380 auf 130 Millionen vermindert worden.

Das Reichskabinett wird zu den Vorschlägen der Sachverständigen in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Die beteiligten Fraktionen werden am Dienstag zusammentreten und über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge zur Neugestaltung des Etats für 1929 entscheiden.

In Verbindung mit diesen Fragen wird die Bildung einer festen Koalition zwischen den fünf Parteien zur Erörterung stehen. Vermutlich wird nach der Entscheidung des Kabinetts Anfang der nächsten Woche eine Besprechung der Parteiführer stattfinden, die die mit dem Etat in Zusammenhang stehenden politischen Fragen zu erörtern haben wird. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die Parteien geneigt sind, nach der sachlichen Einigung über den Etat sich koalitionsmäßig an die gegenwärtige Regierung zu binden.

## Defizitkrise in Thüringen

S. Weimar, 6. April. (Vgl. Funkspruch.) Seit zwei Monaten liegt der interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien des Thüringer Landtages der Entwurf eines Haushaltsplans für das Jahr 1929 vor. Nach den zur Zeit geltenden Steuererlassen müßte die Regierung den Voranschlag mit ungefähr 12 Millionen Mark Defizit abschließen. Der Finanzminister jedoch hat erklärt, daß er nur mit 5 Millionen Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben an die Öffentlichkeit treten will. Sämtliche Verhandlungen der bürgerlichen Parteien über die Deckung des Defizits verliefen resultatlos. Die Demokraten und die Volksparteier scheinen die Er-

höhung der Realsteuern zu wünschen. Die Wirtschaftspartei ist dagegen und denkt an eine Kopfsteuer oder an einen Landeszuschlag auf die Reichseinkommensteuer oder an die Erhöhung der Beamtengehälter. Derartige merkwürdige Vorschläge werden zu Dingen gemacht. Aber es ist zu keiner Einigung der bürgerlichen Parteien gekommen. Besonders verließ eine lange Sitzung darüber am Freitag abermals ergebnislos. Das Ministerium hat sich, wie man sagt, entschlossen, in einer demnächst einzuberufenden Kabinettsitzung darüber Entscheidung zu schaffen, ob es nunmehr zurücktreten oder aber unter vorläufigem Verzicht auf die Einigung der Bürgerlichen mit dem Defizitetat an den Landtag herantreten sollte, um in offener politischer Auseinandersetzung Klärung zu schaffen. Thüringen steht also wieder unmittelbar vor einer der vielen Regierungskrisen, deren letzte ja bekanntlich erst kurz vor Weihnachten so leidlich beigeit worden war. Ob sich daraus Landtagswahlen ergeben, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Jedoch spricht manches dafür.

## Kampf der Weltmächte um den Südpol

S. London, 5. April. (Vgl. Draht.) Die britische Regierung hat vor ein paar Wochen, als die ersten Berichte von den neuen Entdeckungen Commander Byrd in der Antarktis des Südpols eintrafen, die amerikanische Regierung in einer freundlichen Note darauf aufmerksam gemacht, daß England für sich die Souveränität jener Gebiete in Anspruch nehmen, die heute bereits zum größten Teil englische Namen tragen. Die amerikanische Regierung hat jetzt eine Antwortnote vorbereitet, in der sie die englischen Ansprüche zurückweist und erklärt, daß durch Commander Byrd vollkommen neue Gebiete entdeckt worden seien, die bisher kein Engländer gesehen, geschweige denn betreten habe.

Interessant ist, daß sich die britisch-amerikanische Koalition bereits in Gebieten geltend macht, die heute für die Weltwirtschaft und den Weltverkehr noch vollkommen tote Faktoren sind. Vielleicht mischt sich auch noch Norwegen in den Streit, da Amundsen vor Jahren als erster die norwegische Flagge am Südpol gehißt hat. Der englische Kapitän Scott erreichte erst vier Wochen später den Südpol und kam mit seinen drei Gefährten auf der Rückkehr auf tragische Weise ums Leben — sie alle verhungerten und erfroren.